

## ■ WIRTSCHAFTSCHRONIK

### II. QUARTAL 1996

*Auch das II. Quartal 1996 war durch die Sparpolitik der europäischen Industriestaaten geprägt. Die internationalen Konferenzen vermochten daher keine konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu erarbeiten.*

**2. April:** Anlässlich des Gipfeltreffens der sieben führenden Industrienationen (G 7) in Lille wird nach schwierigen Verhandlungen (Meinungsverschiedenheiten zwischen angelsächsischen und kontinentaleuropäischen Staaten) in der Abschlußerklärung empfohlen, die Sozialabgaben für Arbeitsplätze mit geringer Qualifikation zu senken sowie die Mobilität der Arbeitskräfte zu erhöhen

### AUSLAND

**14. April:** Auf der informellen ECOFIN-Tagung in Verona verständigt sich die überwiegende Mehrheit der anwesenden Finanzminister darauf, daß jene EU-Länder, welche an der Währungsunion ab 1. Jänner 1999 nicht teilnehmen, weil sie die Voraussetzungen nicht erfüllen, durch ein neues Europäisches Währungssystem (EWS II) an den Euro angebunden werden. Dieses Konzept wird von Großbritannien nicht akzeptiert, und auch Schweden meldet dagegen Bedenken an.

Gleichzeitig wird festgelegt, daß die Scheidemünze des Euro Cent heißen wird

**15. April:** Der schwedische Finanzminister Asbrink legt ein Sparpaket vor, das innerhalb von 3 Jahren Einsparungen von 48 Mrd. S vorsieht. Darin sind eine Erhöhung der Energiesteuer und der Benzinsteuern vorgesehen sowie eine Kürzung der staatlichen Zahlungen für Wohn- und Krankengeld, für Witwenpensionen sowie zahnärztliche Behandlung. Die Krankengeldansprüche an den Arbeitgeber werden um 2 Wochen ausgedehnt, und der Krankenversicherungsbeitrag wird erhöht. Schließlich wird die Entwicklungshilfe weiter von 0,8% auf 0,7% des BIP gekürzt.

**21. April:** Bei den Parlamentswahlen in Italien erreicht die Linksallianz „Ulivo“ die absolute Mehrheit in beiden Kammern

**13. Mai:** Die 55. italienische Nachkriegsregierung wird unter Ministerpräsident Prodi angelobt. Das Außenministerium übernimmt Prodis Vorgänger Dini, das Schatz- und Haushaltsministerium Ciampi, der gleichfalls bereits Regierungschef war. Das Ministerium für öffentliche Bauten wird mit Di Pietro be-

Abgeschlossen am 3. Juli 1996.

setzt. Als Hauptaufgabe stellt sich die Regierung die Sanierung des Staatshaushaltes.

**21. Mai:** Die OECD-Ministerkonferenz in Paris unter Vorsitz des österreichischen Bundeskanzlers Vranitzky beschließt einen „Aktionsplan für verstärktes Wirtschaftswachstum und zukunftsorientierte Arbeitsplätze“. Dieser umfaßt die Forcierung neuer Technologien ebenso wie Strukturreformen und die Stärkung der sozialen Netze.

Die UNO und der Irak einigen sich über eine Begrenzung der Erdölexporte. Demnach darf der Irak sechs Monate lang Erdöl im Wert von 20 Mrd. S ausführen. Der Erlös wird zu zwei Dritteln für den Kauf von Lebensmitteln und Medikamenten verwendet; das restliche Drittel fließt in einen Fonds zur Leistung von Reparationszahlungen aus dem Golfkrieg.

**24. Mai:** Die Tarifverhandlungen zwischen der deutschen Regierung und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, welche ein Teil des von der Regierung beschlossenen Sparpakets sein sollten, werden ohne Ergebnis abgebrochen. Eine Lösung des Konflikts soll durch das Schlichtungsverfahren gefunden werden. Dennoch werden die Warnstreiks der öffentlich Bediensteten fortgesetzt.

Die von der Regierung eingebrachte Gesetzesvorlage zur Veränderung der Leistungen in der Krankenversicherung scheitert am Einspruch der Länderkammer.

**6. Juni:** Die Bank of England senkt den Leitzins von 6% auf 5¼%. Schatzkanzler Clarke begründet den Schritt mit der sinkenden Inflationsrate. Die Banque de France setzt ebenfalls ihren Geldmarktzins um 0,1 Prozentpunkt auf 3,6% herab.

**21. Juni:** Der Deutsche Bundestag beschließt neue Öffnungszeiten für den Handel: Ab 1. November dürfen Geschäfte von Montag bis Freitag bis 20 Uhr, am Samstag bis 16 Uhr offenhalten.

**22. Juni:** Auf dem EU-Gipfel in Florenz kommt kein Beschluß über ein Investitionsprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zustande. Die von Kommissionspräsident Santer gewünschte Umschichtung von 1,2 Mrd. Ecu zugunsten der Verkehrsinfrastruktur wird nicht bewilligt.

**26. Juni:** Der Schweizerische Gewerkschaftsbund protestiert heftig gegen die von den Schweizerischen Bundesbahnen und dem Kanton Zürich angekündigten Lohnkürzungen. Nach Ansicht des SGB würden niedrigere Löhne, wie sie die Arbeitgeberseite fordert, das bewährte Modell der schweizerischen Sozialpartnerschaft zerstören.

**29. Juni:** Anlässlich ihrer Konferenz bekennen sich die G-7-Staaten zur Globalisierung der Wirtschaft. Weiters fassen sie finanzielle Hilfe für die ärmsten Länder ins Auge. Sie zeigen sich zuversichtlich, daß ein Auf-

schwung in der zweiten Jahreshälfte 1996 einsetzen werde. Der Arbeitslosigkeit sollte auf nationaler Ebene begegnet werden.

## ÖSTERREICH

*Auch die österreichische Wirtschaftspolitik konzentriert sich auf budgetäre Sparmaßnahmen. Der Nationalrat beschloß das von der Bundesregierung eingebrachte Sparpaket, und der Ministerrat verabschiedete ein Sanierungskonzept für die Krankenkassen.*

**3. April:** Die EU-Kommission klagt Österreich wegen wettbewerbsverzerrender Auftragsvergabe für den Bau des Regierungsviertels in der niederösterreichischen Landeshauptstadt St. Pölten. Überdies beschließt die Kommission, wegen überhöhter Maut auf der Brennerautobahn ein Verfahren gegen Österreich einzuleiten.

**9. April:** Die österreichische Bundesregierung weist in einem Brief die Mahnung der EU-Kommission, die Anonymität der Sparbücher aufzuheben, mit dem Hinweis zurück, daß ausreichend Maßnahmen getroffen worden seien, um Geldwäsche zu verhindern.

**18. April:** Die Oesterreichische Nationalbank senkt gleichzeitig mit der Deutschen Bundesbank ihre Leitzinsen. Diskont- und Lombardsatz werden je um ½ Prozentpunkt auf 2,3% bzw. 4,75%, der Zinssatz des neuen Mengentenders von 3,3% auf 3,2% gesenkt. Der GOMEX-Satz bleibt mit 3,3% unverändert. Damit erreichen die Leitzinsen ihren bisher tiefsten Stand. Auch Belgien und die Niederlande folgen dem Schritt der Deutschen Bundesbank.

**19. April:** Die gesetzlichen Voraussetzungen für das „Sparpaket“ werden im Nationalrat von ÖVP und SPÖ geschaffen, indem 98 Gesetze beschlossen werden. Zu den steuerlichen Maßnahmen gehören eine Einschleifregelung für die Abschaffung des allgemeinen Absetzbetrags, die Streichung der Absetzbarkeit von Sonderausgaben für höhere Einkommen, die Erhöhung des Kapitalertragsteuersatzes von 22% auf 25%, die Anhebung der Normverbrauchsabgabe für Kfz, die geänderte Berücksichtigung der (Lohnsteuerbemessungsgrundlage) Sozialversicherungsbeiträge für das 13. und 14. Monatsgehalt, die Einführung einer Verbrauchsteuer auf Strom und Gas sowie die Erhöhung der Tabaksteuer.

Im Bereich der Familienleistungen wird die Freifahrt für Studenten gestrichen und die Familienbeihilfe an eine Höchststudierendauer gebunden. Statt eines Erhöhungssatzes sind für die öffentlich Bediensteten 1996 und 1997 nur Einmalzahlungen (2.700 S bzw. 3.600 S) vorgesehen; für vorzeitige Alterspensionen nach dem Alter

gestaffelte Abschläge. Der Beschäftigtenstand soll im öffentlichen Dienst um 11.000 Personen reduziert werden.

Im Justizressort werden Bezirksgerichte zusammengelegt, im Innenressort Gebühren für das Einschreiten bei Verkehrsunfällen eingehoben, bei welchen nur Sachschaden entstanden ist.

Karenzurlaubsgeld kann ab 1. Juli 1996 von einer Person nur höchstens 1½ Jahre bezogen werden. 1997 werden nur die Mindestpensionen erhöht, die Pensionsbeiträge der Bauern und Gewerbetreibenden werden angehoben, die Zahl der für eine vorzeitige Alterspension notwendigen Versicherungsjahre etappenweise von 35 auf 37,5 hinaufgesetzt. An den Universitäten werden die Lehraufträge eingeschränkt. Ab 1997 wird auf Autobahnen über eine Vignette Maut eingehoben.

**22. April:** Wirtschaftsminister Ditz gibt den Preis für Treibstoffe probeweise für ein Jahr frei.

**24. April:** Der Sprecher der österreichischen Elektroindustrie, Petsche, verlangt eine Nulllohnrunde ohne Inflationsausgleich sowie die Abschaffung der automatischen Gehaltsvorrückungen. Der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Ceska, fordert die Möglichkeit, Arbeitsplätze unter dem Kollektivvertragslohn anzubieten.

**25. April:** Der Fachverband der Bekleidungsindustrie einigt sich mit der Textilarbeitergewerkschaft auf ein neues Arbeitszeitmodell: Rückwirkend ab 1. April 1996 kann die wöchentliche Arbeitszeit bis zu 48 Stunden betragen, ohne daß ein Überstundenzuschlag fällig wird. Allerdings darf für den Durchrechnungszeitraum von 26 Wochen der Wochendurchschnitt von 40 Stunden nicht überschritten werden.

**2. Mai:** Der Verwaltungsgerichtshof stellt in einem Erkenntnis fest, daß Österreich das Assoziationsabkommen zwischen der EWG und der Türkei zu vollziehen habe. Demnach sind türkische Staatsbürger nach vier Jahren Aufenthalt in Österreich vom Aufenthaltsgesetz auszunehmen, ihre Angehörigen nach fünf Jahren legaler Anwesenheit.

**13. Mai:** Die Mitgliederbefragung der Arbeiterkammer Salzburg ergibt bei einer Wahlbeteiligung von 58,6% eine Mehrheit von 92% für die Beibehaltung der gesetzlichen Interessenvertretung.

**30. Mai:** Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften in der Bauwirtschaft einigen sich auf ein Jahresarbeitszeitmodell. Danach kann die Normalarbeitszeit im Sommer auf 45 Stunden ausgedehnt werden. Die über 39 Wochenstunden hinausgehende Leistung wird dann im Winter ausgeglichen. Einschließlich des Urlaubs sowie der Einarbeitung von Fenstertagen verlängert sich ein Dienstverhältnis auf diese Weise um rund sechs Wochen.

Als Gegenleistung werden die Fenstertage zwischen Weihnachten und Neujahr aus einem Fonds im Rahmen der Bauarbeiterurlaubs- und Abfertigungskasse bezahlt, der allein von den Arbeitgebern finanziert wird.

**1. Juni:** Mit diesem Stichtag tritt im Rahmen des „Sparpakets“ die Steuer auf Strom und Gas in Kraft, die Tabaksteuer wird erhöht; die Freibetragsbescheide werden ungültig, die steuerfreien Überstundenzuschläge auf 590 S monatlich beschränkt. Die Zusatzsteuer für Grundstücke zur Erbschaftsteuer wird verdoppelt, die Normverbrauchsabgabe angehoben. Für Lebensversicherungen mit einer Laufzeit unter zehn Jahren oder mit Einmalerlag wird die Versicherungssteuer von 4% auf 11% erhöht.

**2. Juni:** Die Oesterreichische Kontrollbank gibt künftig bekannt, für welche Länder Exportgarantien gegeben werden und wie die Konditionen sind. Voraussichtlich ab Beginn des nächsten Jahres werden auch die aktuellen Schuldenstände der einzelnen Länder publiziert.

**3. Juni:** Die EU-Kommission ermahnt Österreich ebenso wie 12 weitere Mitgliedstaaten, die für eine Teilnahme an der Währungsunion notwendigen Stabilitätskriterien einzuhalten.

Die Arbeits- und Sozialminister der EU beschließen die „Entsenderrichtlinie“. Sie muß von den Mitgliedstaaten innerhalb von drei Jahren in nationalen Gesetzen realisiert werden. Danach muß In- und Ausländern jeweils der gleiche Lohn gezahlt werden. Österreich ist davon nicht betroffen, da hier schon eine entsprechende Vorschrift besteht.

**8. Juni:** Die Mitgliederbefragung der Arbeiterkammer Niederösterreich ergibt eine Zustimmungsrate von 91,8% für die Beibehaltung der gesetzlichen Interessenvertretung. Die Wahlbeteiligung erreicht 69,3%. In Tirol wird bei einer Wahlbeteiligung von 79% ein Anteil der Zustimmung von 90,6% erzielt.

**13. Juni:** Wirtschaftsminister Johannes Ditz tritt zurück.

**14. Juni:** Die oberösterreichischen Arbeiterkammermitglieder stimmen, bei einer Wahlbeteiligung von 76,5%, zu 90,1% für die Beibehaltung der gesetzlichen Interessenvertretung.

**15. Juni:** Die Wiener Arbeiterkammermitglieder sprechen sich zu 88,1% für die Beibehaltung der gesetzlichen Interessenvertretung aus (Wahlbeteiligung 57,7%).

**16. Juni:** Vizekanzler Schüssel nominiert als neuen Wirtschaftsminister Dr. Johann Farnleitner. Dr. Farnleitner ist stellvertretender Generalsekretär der Bundeswirtschaftskammer und an zentraler Stelle in den Gremien der Sozialpartner tätig.

**25. Juni:** Der Ministerrat beschließt ein Paket zur finanziellen Sanierung der Krankenkassen. Darin sind Kürzungen der Ausgaben für ärztliche Leistungen, Heilbehelfe und Medikamente vorgesehen. Ab 1. Oktober soll eine Krankenscheingebühr von 50 S eingehoben

werden. Davon ausgenommen sind Kinder und Pensionisten. Die Rezeptgebühr wird ab August 42 S betragen (bisher 35 S), der Krankenversicherungsbeitrag der Pensionisten 3,75% (bisher 3,5%). Andererseits steigt der gesetzliche Anspruch auf Krankengeldbezug von 26 auf 52 Wochen.

**28. Juni:** Die Gewerkschaft der Privatangestellten und die Bundessektion Industrie einigen sich auf einen neuen Kollektivvertragsrahmen: Für die Industrieangestellten werden die Anfangsgehälter erhöht, jedoch die Biennalsprünge von acht auf fünf reduziert, sodaß die Endgehälter niedriger sind.